
Grundeinkommen und Gerechtigkeit

Ein Plädoyer für mehr soziale Demokratie

Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, 10. Oktober 2007

Prof. Dr. Michael Opielka
Fachhochschule Jena – FB Sozialwesen
Institut für Sozialökologie, Königswinter

Grundeinkommen und Gerechtigkeit

1. Gesellschaftspolitik
 2. Ökonomie
 3. Sozialpolitik
-

1. Gesellschaftspolitik

Gesellschaftliche Formationen	Politische Philosophien	Steuerungsideen
Weltgesellschaft	Garantismus	Menschenrechte
Sozialstaat	Sozialdemokratie	Staat
Kapitalismus	Liberalismus	Markt
Feudalismus	Konservatismus	Familie

Abbildung: Gesellschaftliche Formationen und Leitideen

1. Gesellschaftspolitik: Versorgungsklassen im Wohlfahrtsstaat

Analyse 1: Fortbestehen der Erwerbsarbeitsgesellschaft

„Die Mitglieder der Erwerbsarbeitsgesellschaft erhalten *insgesamt Anspruch auf das soziale Eigentum*, das dieselbe Funktion erfüllt wie das Privateigentum. Dieses *Eigentum zur Existenzsicherung* steht all jenen zur Verfügung, die bisher nicht durch Privateigentum abgesichert waren.“

„Das soziale Eigentum hat die ‚Klasse der Nichteigentümer‘, die zu anhaltender sozialer Ungleichheit verdammt war, rehabilitiert, in dem es ihr ein Mindestmaß an Ressourcen, Chancen und Rechten verschafft hat, mittels deren sie wenn schon keine Gesellschaft der Gleichen, so doch eine ‚Gesellschaft der Ähnlichen‘ bilden können.“

Robert Castel, Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat, Hamburg: HIS 2005, S. 41, 47f.

1. Gesellschaftspolitik: Versorgungsklassen im Wohlfahrtsstaat

Analyse 2: Fortbestehen der Erwerbsarbeitsgesellschaft nur auf Kosten der Versorgungsklassen

„Wendet man (Max Webers) Klassenbegrifflichkeit hierarchisch, so lassen sich drei große Klassen ausmachen: An der Spitze stehen die „Besitzklassen“, die durch Vermögen oder Spitzeneinkommen die Elite einer Gesellschaft bilden; in der Mitte finden sich die „Erwerbsklassen“, Unternehmer und Arbeitnehmer, mithin die Statusgruppen, die früher als alter und neuer Mittelstand bezeichnet wurden. Am unteren Ende rangiert das, was Rainer Lepsius schon in den siebziger Jahren als „Versorgungsklassen“ bezeichnet hat und was die Kategorien von Menschen umfasst, deren Lebenschancen nicht durch den (Arbeits-)Markt, sondern durch den (Sozial-)Staat geprägt sind und die Transfereinkommen beziehen. Entgegen der Annahme, dass der ausgebaute Wohlfahrtsstaat zur Auflösung der Klassen beiträgt, hat er im Gegenteil eine Klasse von Menschen geschaffen, die vorübergehend oder dauerhaft auf staatliche Alimentation angewiesen sind.“

Hans-Peter Müller, Zur Zukunft der Klassengesellschaft, in: Merkur, März 2007, Nr. 695

1. Lage: Versorgungsklassen im Wohlfahrtsstaat

	1993	2002	2004
<i>Ostdeutschland</i>			
Obere Mittel-, Oberschicht	2	7	3
Mittelschicht	40	51	39
Arbeiterschicht	59	42	57
<i>Westdeutschland</i>			
Obere Mittel-, Oberschicht	14	14	10
Mittelschicht	58	61	54
Arbeiterschicht	29	25	37

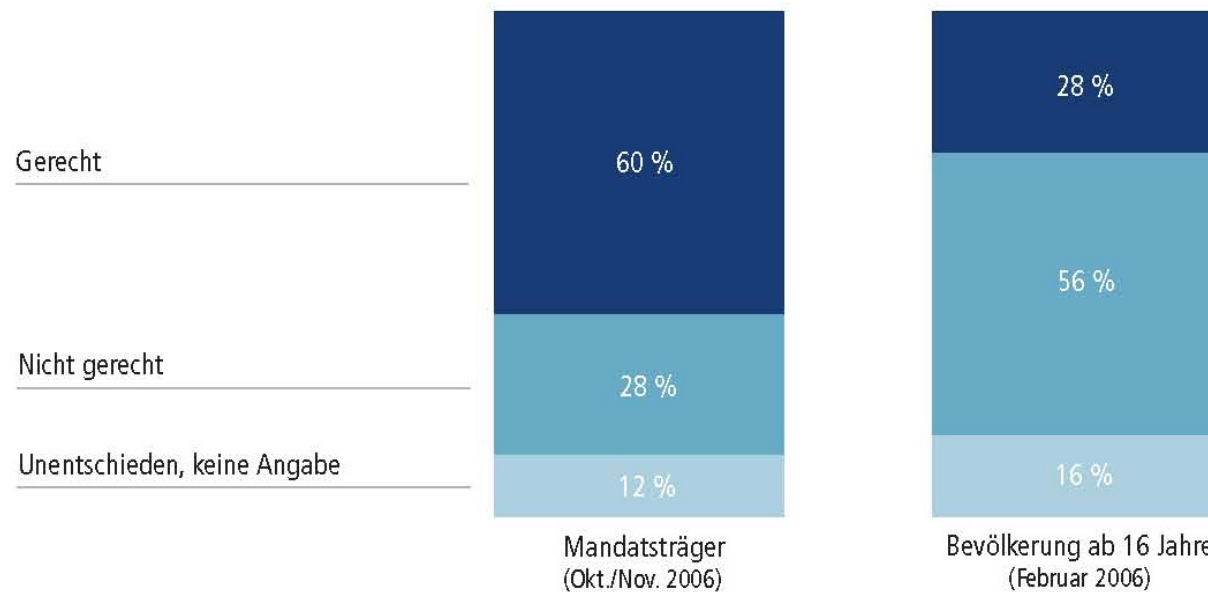
Quelle: Statistisches Bundesamt, Datenreport 2004, S. 612 und Datenreport 2006, S. 594

Abbildung: Subjektive Schichteinstufung 1993, 2002 und 2004

1. Lage: Versorgungsklassen im Wohlfahrtsstaat

Einschätzung der Verteilungsgerechtigkeit durch Mandatsträger und Bevölkerung im Vergleich: Mandatsträger sind ungleich stärker von einer gerechten Verteilung überzeugt

Frage: „Sind die wirtschaftlichen Verhältnisse bei uns in Deutschland – ich meine, was die Menschen besitzen und was sie verdienen – im Großen und Ganzen gerecht oder nicht gerecht?“



Quelle: Robert B. Vehrkamp/Andreas Kleinstaubler, *Soziale Gerechtigkeit in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage unter deutschen Parlamentariern*, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung 2006, S. 6

2. Ökonomie: Grundeinkommen vs. Grundsicherung

Was ist ein Grundeinkommen bzw. ein Bürgergeld?

Ein Grundeinkommen ist ein Einkommen, das von einem politischen Gemeinwesen an alle seine Mitglieder ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Gegenleistung individuell ausgezahlt wird.

Es ist ein bedingungsloses soziales Grundrecht, das die politische Teilhabe in einer Demokratie um die Teilhabe am Warenkonsum erweitert. Es ist ein primäres Einkommen, keine subsidiäre Hilfeleistung.

2. Ökonomie: Grundeinkommen vs. Grundsicherung

- **Negative Einkommenssteuer** („Bürgergeld“, FDP, Milton Friedman, Thomas Straubhaar, Joachim Mitschke) – Finanzierung: Einkommensteuer
- **Sozialdividende** („bedingungsloses Grundeinkommen“, Götz Werner, attac) – Finanzierung: Einkommensteuer und /oder Verbrauchsteuern
- **Grundeinkommensversicherung** (Ausweitung der Schweizer AHV auf alle Geldleistungssysteme) – Finanzierung: Sozialsteuer

(Die „Grundsicherung“ in den Sozialversicherungen - SPD, Gewerkschaften, Armutskonferenz, Linkspartei, ähnlich: Alg II/“Hartz IV“ – ist kein Grundeinkommen, weil sie zumindest bisher nicht erwerbsarbeitsunabhängig gezahlt werden soll)

2. Ökonomie: Grundeinkommen vs. Grundsicherung

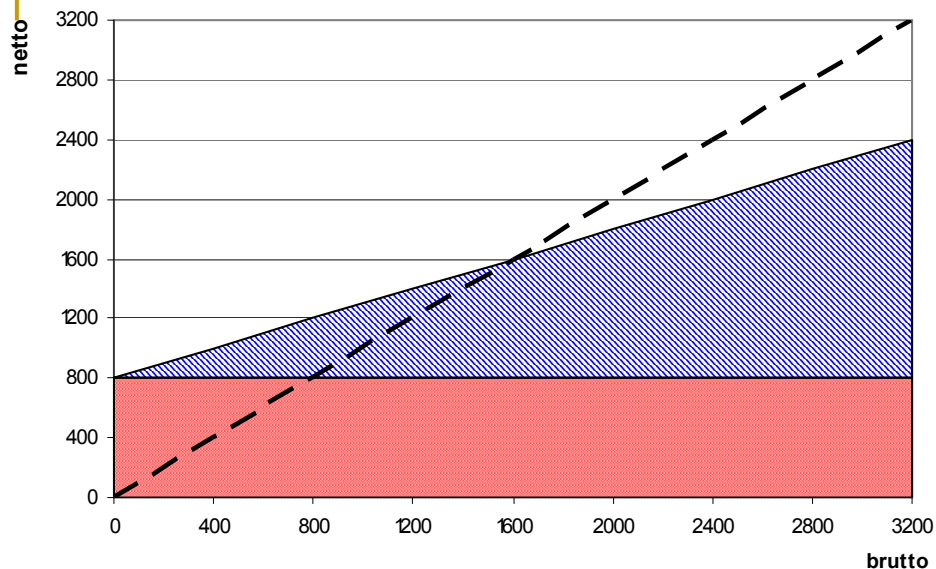


Abbildung: Schematische Darstellung eines Bürgergeldes als **Sozialdividende**, das durch eine lineare Einkommensteuer (flat tax) finanziert wird (Bürgergeld: 800 €, Steuersatz: 50%)

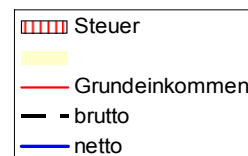
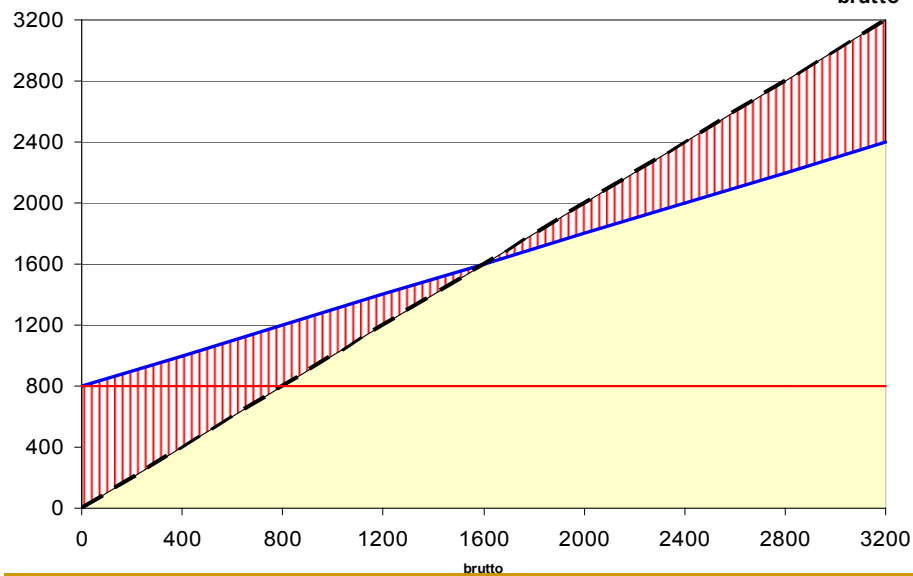
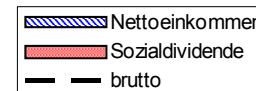


Abbildung: Schematische Darstellung einer **negativen Einkommensteuer** (Bürgergeld: 800 €, Steuersatz: 50%)

2. Ökonomie: Grundeinkommen vs. Grundsicherung

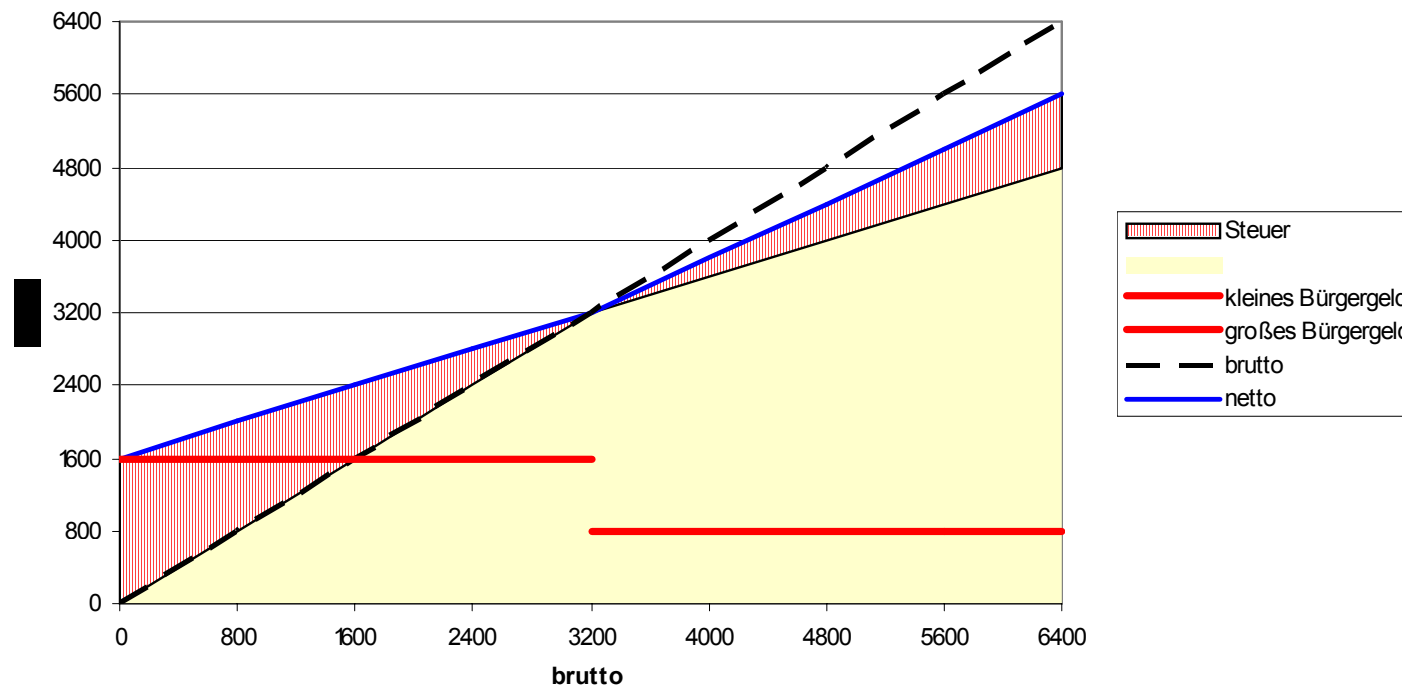
<i>Leistungsbereich</i>	<i>Leistung</i>	<i>Beitrag in Prozent (auf alle Einkommen)</i>
Renten	768 - 1.536 €	10
<i>Übergangszuschlag Renten</i>		2
Arbeitslosengeld	640 - 1.280 €	1,5
Erziehungsgeld	640 - 1.280 €	0,5
Kindergeld	je Kind 160 € <i>(zusätzl. bis 160 € Zuschlag)</i>	2
Krankengeld	640 - 1.280 €	0,2
Ausbildungsgeld	640 € <i>(davon 50% Darlehen)</i>	0,3
Grundsicherung (partielles Grundeinkommen, „Bafög für alle“)	640 € <i>(davon 50% Darlehen)</i>	1
Beitrag GEV insgesamt <i>(auf Einkommen lt. ESt, ohne Beitragsbemessungsgrenze/ „Sozialsteuer“)</i>		17,5

Quelle: Michael Opielka, Sozialpolitik. Grundlagen und vergleichende Perspektiven, Reinbek: Rowohlt 2004, S. 258 - Anmerkung: Rechnerischer Grundbetrag 640 € = ALG II, sinnvoll: 700 €

Abbildung: Modell Grundeinkommensversicherung (GEV) - Leistungen/Beiträge (Stand 2004)

2. Ökonomie: Grundeinkommen vs. Grundsicherung

Abbildung: Darstellung des Vorschlags „Solidarisches Bürgergeld“ mit integrierter Gesundheitsprämie als negative Einkommensteuer für einen Paarhaushalt



Quelle: Michael Opielka/Wolfgang Strengmann-Kuhn (unter Mitarbeit von Bruno Kaltenborn), *Das Solidarische Bürgergeld. Finanz- und sozialpolitische Analyse eines Reformkonzepts*, in: Michael Borchard (Hrsg.), *Das Solidarische Bürgergeld – Analysen einer Reformidee*, Stuttgart: Lucius & Lucius 2007, S. 58

2. Ökonomie: Grundeinkommen vs. Grundsicherung

		Steuersätze	BG-Höhe	Transfer- grenze	Kosten Bürgergeld	Einnahmen	Netto- Einnahmen
a) GM 1:		75:37,5	800:400	1066,7 €	562,2	565,6	3,4
		80:35	800:350	1000 €	535,5	538,8	3,3
		70:40	800:457	1142 €	591,0	591,4	0,4
		Steuersätze	Gesund- heitssteuer	BG-Höhe	Transfer- grenze	Kosten Bürgergeld	Netto- Einnahmen
b) GM 2:		50:25	14%	600:366	937,50 €	431,5	-55,1
		50:26	14%	600:375	937,50 €	435,8	-47,4
		50:32	14%	600:431,25	937,50 €	461,0	-0,7
		50:34	14%	600:450	937,50 €	469,5	+14,7
		64:25	14%	600:300	769,23 €	393,3	-5,6
		61:26	14%	600:320	800 €	404,3	-6,6

Abbildungen: Finanzierbare Varianten des Vorschlags „Solidarisches Bürgergeld“: a) Grundmodell 1 mit Gesundheitsprämie, b) Grundmodell 2 mit Gesundheitssteuer

3. Sozialpolitik: Grundeinkommen im Kontext

Arbeitsmarktbezug und Grundeinkommen

Resümee Hartz I-IV:

- ALG I (SGB III) mit Aufteilung in „Marktkunden / Beratungskunden / Betreuungskunden“ **selektiv**: Fast 1/3 der Neuzugänge in Arbeitslosigkeit in 2006 „Betreuungskunden“: „grundsätzlich keine Förderung“ – „Dahinter steht die Annahme, dass ein entsprechender Erfolg erst nach Übertritt in Leistungen nach dem SGB II eintreten würde und sich daher eine Förderung für die Bundesagentur für Arbeit aus der Sicht des Versicherungsbereichs nicht rentiere.“ (Bericht 2006 der BReg zu mod. DL am AM, BT-Drs. 16/3982, S. 13)
 - ALG II (SGB II): Keine Erhöhung der Vermittlungserfolge gegenüber Vorregelung (ALG/Alhi – BSHG); erhöhte Bewerberaktivität (ebd., S. 18) zurückführbar auf erwartete und erfolgte Einkommenseinbußen
 - Perspektive: Unsichere Erwerbsbiographien mit Unterbrechungen
 - **Folgerungen: Betreuung durch Soziale Arbeit/Bildungssystem unerlässlich – ökonomische Motivation durch Einkommensanreize ausreichend – Mindestniveau realistisch halten**
-

3. Sozialpolitik: Grundeinkommen im Kontext

Gesellschaftliche Spaltung & Exklusion

- Sozialpolitik muss die Existenz von „Versorgungsklassen“ anerkennen
 - Sozialpolitische Akzeptanz erfordert eine Integration von „Arbeiter“- und „Armenpolitik“, d.h. eine Politik der Bürgersicherung
 - Bürger(ver)sicherung erfordert eine Politik relativer Gleichheit und damit eine Teilhabe über Grundrechte
 - Grundrechte sind bedingungslos, ihr extremer Gebrauch und selbst Missbrauch müsse in Kauf genommen werden (z.B. Wählerstimmen für Rechtsextreme, Drogenmissbrauch, sexuelle Perversionen)
 - **Folgerung für Debatte Grundsicherung/Grundeinkommen:
Grundeinkommen als Projekt gesellschaftlicher Inklusion**
-

3. Sozialpolitik: Grundeinkommen im Kontext

Einbettung in Sozialpolitik & Dienstleistungen

- Grundeinkommen und Sozial-/Bürgerversicherungen sind kein Widerspruch
 - Grundeinkommen und soziale Dienste ergänzen sich

 - **Folgerung für Debatte Grundsicherung/Grundeinkommen:
Grundeinkommen nicht als Allheil-, aber als Heilmittel**
-

3. Sozialpolitik: Grundeinkommen im Kontext

<i>Wohlfahrtsregime</i>	<i>Sozialstaatsmodell</i>	<i>Sozialpolitische Garantie</i>	<i>Gerechtigkeitskonzept</i>	<i>Grundeinkommenssicherung</i>
<i>Liberalismus</i>	Friedman	Marktzugang (<i>Fürsorge</i>)	Leistung	Sozialhilfe/ Negative Einkommenssteuer
<i>Sozialdemokratie</i>	Beveridge	Bürgergleichheit (<i>Solidarität</i>)	Verteilung	Recht auf Arbeit/ Grundsicherung
<i>Konservatismus</i>	Bismarck	Statussicherung (<i>Versicherung</i>)	Bedarf	Workfare/ Familienunterhalt Sozialhilfe
<i>Garantismus</i>	Paine	Menschenrechte (<i>Gerechtigkeit</i>)	Teilhabe	Grundeinkommen

Quelle: Michael Opielka, 2004, *Sozialpolitik. Grundlagen und vergleichende Perspektiven*, Reinbek: Rowohlt, S. 295 (Abb. 52, Auszug) und 191 (Abb. 36, Auszug)

Abbildung: Wohlfahrtsregime-Typen und sozialpolitische Garantien